

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeilenzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, frühere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 286

Dienstag, den 8. Dezember 1901

10. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

## Die „kleine“ Finanzreform.

Die „Reichsfinanzreform“, die in der Thronrede angekündigt war und auf die wir bereits hingewiesen haben, wird in der That genau so aussehen, wie wir es geschildert haben: Erst das Außerliche, zu dem die Mehrheit ja sagt, und später die neuen Steuern. Erst den Finger und dann die ganze Hand und mehr!

Der große, der Finanzplänen im Reich im Wege stehende Block, ist bekanntlich die berühmte Klausula Frankenstein. Dieses Gesetz, hervorgegangen aus einem partikularistischen Mißtrauen gegen das neue deutsche Reich, soll bekanntlich verhindern, daß das Reich finanziell unabhängig von den Einzelstaaten wird. Das Abhängigkeitsverhältnis, der Zwang, die Ueberschüsse des Reiches an die Einzelstaaten abzuliefern, paßt nun herzlich schlecht zu den neu-deutschen Flotten-, Militär- und Weltmachtplänen. Deshalb muß die Bez. Frankenstein beseitigt werden.

Für eine sofortige gänzliche Beseitigung kann nun aber das Zentrum nicht stimmen, weil es selbst seinerzeit diese Klausula Frankenstein mitgemacht hat. Deshalb ist nun, vermutlich im Einverständnis mit den Finanz„großen“ des Zentrums der Weg einer allmählichen Abtragung gewählt worden. Das Wesentliche des neuen Reformplanes der Regierung ist die starke Einschränkung der seit 1879 geltenden Frankenstein'schen Klausel und die Verwendung etwaiger Ueberschüsse aus den Vorjahren zur Deckung außerordentlicher Ausgaben, insbesondere zur Schuldentilgung oder zur Verminderung des Vorkaufsbedarfs. Vorher soll jedoch aus solchen Ueberschüssen der Bundesstaaten derjenige Betrag zurückerrückter werden, um den die von ihnen gezahlten Kontributionsbeiträge die ihnen gewährten Ueberweisungen überstiegen. Bisher wurden diese Ueberschüsse als ordentliche Einnahmen auf den übernächsthöchsten Etat gebracht. Durch das Gesetz vom 28. März d. J. wurde allerdings auch schon bestimmt, daß etwaige Ueberschüsse in der eigenen Wirtschaft des Reiches zur Tilgung der erforderlich gewordenen Zinsfußanleihe verwandt werden sollen.

Die Beschränkung der Frankenstein'schen Klausel besteht darin, daß die bisher auf Grund dieser Klausel gewährten Ueberweisungen an die Einzelstaaten aus dem Ertrage der Zölle, der Tabacksteuer, der Stempelabgaben fortfallen. Nur beim Schnaps wird eine Ausnahme gemacht. Die Erträge der Branntweinverbrauchsabgabe und des Zufusses zu ihr sollen nach wie vor den Bundesstaaten überwiesen werden. Dadurch würden sich die Bundesstaaten benachteiligt fühlen müssen, aber es wird ihnen auch ein fetter Hopfen geboten, indem nun die gesamten Erträge der Zölle, der Tabacksteuer und der Stempelabgaben dem Reichsetat als Deckungsmittel verbleiben, so daß sich die Kontributionsbeiträge (Beiträge der Einzelstaaten an das Reich) um den Betrag der Ueberweisungen ermäßigen. Abschluß bringt der neue Gesetzentwurf eine Bestimmung zu Gunsten der Bundesstaaten, in der gesagt wird: Die Kontributionsbeiträge sollen „in der Regel“ den Durchschnittsbeitrag der Bundesstaaten in den letzten fünf Jahren zugewiesenen Ueberweisungen aus der Branntweinsteuer nicht übersteigen.

Aus dieser knappen Inhaltsangabe, die wir hier machen, um den ganzen Gesetzentwurf nicht nochmals abdrucken zu müssen, ist schon zu sehen, daß diese „Reform“ mit den Bestrebungen der breiten Volksmassen um eine Finanzreform im Reich garnichts zu thun hat. Es ist eine Finanzreform der Bürokratie, die lediglich den Zweck hat, dem Hin- und Herschieben von Hunderten von Millionen, die einmal als Ueberweisungen in die Kassen der Bundesstaaten floßen, zum andern von ihnen als Kontributionsbeiträge an die Reichskasse abgeführt werden mußten, ein Ende zu machen. Es wird eine gewisse Stabilität in die Finanzen der Einzelstaaten gebracht; die einzelstaatlichen Finanzminister haben eine bessere Uebersicht, ein besseres Rechnen. Es sind technische, aber keine sachlichen Verbesserungen.

In die Klausula Frankenstein aber macht dieser Gesetzentwurf ein Loch und im Laufe der Zeit wird sie wohl ganz verschwinden. Die kapitalistische Zentralisation drängt dahin, die Ketten der einzelstaatlichen Bevormundung und Aufsichtung aus den Verbanden des Reiches abzustreifen. Freilich wird das Volk dabei nichts gewinnen. Je freier und selbstständiger das Reich — der große Militärstaat — wird, je mehr werden die Ausgaben für Militär und Marine wachsen und damit die Anforderungen an den Geldbeutel des Volkes. Je größer aber wächst auch die Gefahr heran, daß neue indirekte Steuern kommen werden, als deren Bedrohlichkeit und nächste die Erhöhung der Steuern auf Bier und Tabak bestehen bleiben.

Aber eine andere Seite offenbart noch der Entwurf. Er schränkt das Budgetrecht des Reichstages noch mehr ein und beschneidet damit eines der wichtigsten Rechte des Reichstages. Wird dieser Entwurf Gesetz, so sinkt der Reichstag noch mehr als bisher zu der bloßen Geldbewilligungsmaschine herab, zu welcher ihn die gegenwärtige Mehrheit zu machen

bestrebt ist. Dem wird die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit entgegen zu wirken suchen.

Daß die neuen Steuern kommen werden, giebt die Regierung selbst halb und halb zu. Nicht bloß reden die einzelstaatlichen Finanzminister beständig von ihnen als von beschlossenen Dingen; auch die Reichsregierung umgeht sorgfältig das entschiedene Nein. Sie sagt nur, daß sie neue Steuern jetzt nicht für notwendig hält. Sie will abwarten, „bis sich übersehen läßt, welche Wirkungen der neue Zolltarif auf die Reichsfinanzen ausübt.“

Nun kann man schon jetzt sagen, daß die Mehreinnahmen aus den Zöllen, wenigstens in dem von der Regierung erhofften Umfange, ausbleiben werden. Die Zollsteigerung und die sie begleitende Vertheuerung der wichtigsten Nahrungsmittel, des Fleisches und des Brodes, wird ein Sinken des Konsums zur Folge haben. Das Volk wird verschlechterte und verringerte Lebensmittelengen theurer bezahlen müssen, die Einnahme des Reiches aus den Zöllen aber wird nicht erheblich steigen. Da bleiben dem Reiche denn nur zwei Wege: entweder direkte Reichssteuern oder neue und erhöhte indirekte.

Daß ersterer Weg nicht betreten wird, dafür sorgen die Vertreter der herrschenden und begünstigten Klasse, da es doch viel bequemer und vorteilhafter ist, die Arbeitslosen kräftig zum Zahlen heranzuziehen. Ueber die Finanzwirtschaft des Reiches einen neuen Frieden, im übrigen das alte System: Bruder Arbeiter, mach' die Tasche auf!

Dafür bezeichnet sich die Reichstagsmehrheit dann gelegentlich als die Vertreterin des wahren Patriotismus, die sozialdemokratische Minderheit aber als die gefährliche Umstürzlerin, deren Unterdrückung im Interesse der „Ordnung“ liegt. Der kapitalistischen „Ordnung“ nämlich, deren Bekämpfung und Befestigung mit jedem Tage zu einer größeren Nothwendigkeit wird.

## Politische Studien

Heute

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt Freitag Abend ihre zweite Sitzung ab und bestimmte zunächst als Redner zur ersten Lesung des Etats die Genossen Bebel und Singer. Sodann wurde in die Besprechung der gewünschten Initiativanträge eingetreten; es lagen vor und wurden akzeptirt: Anträge auf Wiederherstellung der früheren Geschäftsordnungsbestimmung über die Wortmeldung „zur Geschäftsordnung“; auf Einföhrung von Volksvertretungen in allen Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller Einwohner über zwanzig Jahre ohne Unterschied des Geschlechts gewählt werden; ferner Anträge auf Errichtung eines Reichsarbeitsamts; auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen; auf Erweiterung der Immunität der Reichstagsabgeordneten. Im besondern soll auf Beschluß des Reichstags jede Inhaftierung eines Abgeordneten für die Dauer der Session aufgehoben werden können. Schließlich soll unser alter Gesetzentwurf über das Koalitionsrecht und ein neuer auf geheime Wahl bei den Knappschaftswahlen eingebracht werden. Weitere Initiativanträge werden in der nächsten Fraktionsitzung zur Verathung kommen.

Bei der Reichstagswahl für den Wahlkreis Staluppenen-Goldap-Darkehmen wurde nach amtlicher Ermittlung der Verbanddirektor Reich-Berlin (K.) mit 9011 von 9774 abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Der Hauptgegner Kandidat Gutbesitzer Dietrich-Kl. Breischleben (Fp.) erhielt 752 Stimmen. Die Wahl fand bekanntlich am 1. Dezember statt.

Die Schriftführer des Reichstages. Die nach dem Volkzuzug der Schriftführerwahlen in der Sitzung des Reichstags vom Freitag erfolgte amtliche Feststellung hat ergeben, daß der Konservative Himburg, von der Reichspartei Pauli (Oberbarnim), der Nationalliberale Kimpan (neu), vom Zentrum Krebs und Schr. von Thünefeld (neu), von der Freisinnigen Volkspartei Dr. Hermes und von den Polen Graf von Rudzewo-Mielchynski (neu) gewählt worden sind. Die von unserer Seite aufgestellten Kandidaten, unsere Genossen Fischer (Berlin) und Schöppe, sind also unterlegen. Die sozialdemokratische Fraktion, obwohl die zweitstärkste im Reichstag, wird im Bureau also nicht vertreten sein. Die Radorff-Gruppe und ihre freisinnige Hülfsgruppe triumphiert zwar, aber Hochmuth ist noch stets vor dem Volk gekommen.

Bassermann's Auferstehung? Im Reichstagswahlkreise Dsnabrad, wo eine Erziehungsklasse stattfand, mußte nachdem der bisherige Abgeordnete v. Sehe-Schlenker gestorben, wollen die Nationalliberalen den Deutschermann Bassermann als Kandidaten aufstellen, um ihn auf diese Weise wieder in den Reichstag zu bringen, nachdem der Ministerposten zu Esing geworden ist. Da v. Sehe sein Mandat erst in der Stichwahl mit nicht allzu großer

Majorität gegenüber dem nationalliberalen Ansturm behauptet hatte, liegt ein Sieg Bassermanns immerhin nicht außer dem Bereich der Möglichkeit.

Das Zentrum und die Reichsfinanzreform. Die „Germania“ erblickt in den Stengel'schen Vorschlägen eine Beeinträchtigung des Budgetrechts des Reichstages und gebärdet sich oppositionell. Man weiß aber, daß beim Zentrum nicht viel auf derartige Meinungsäußerungen zu geben ist. Wie Freitag in den Schachergängen des Reichstages verlaute, bereitet das Zentrum schon einen Kompromißentwurf vor.

Parlamentarische Nachrichten. Dem Reichstage ist der erste Geschäftsbericht des Aufsichtsamtes für Privatversicherung zugegangen. — Die Reichspartei brachte im Reichstag einen Antrag Holz ein, den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägungen über die Ausdehnung der obligatorischen Invalidenversicherung auf die im Handwerk beschäftigten Personen einzutreten. Von derselben Partei wurde noch folgender Antrag Liedemann eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen: 1. Angeichts der bei den letzten preussischen Landtagswahlen vorgekommenen Ausschreitungen auf eine Erweiterung und Verschärfung der im § 107 des Strafgesetzbuches zum Schutze der Wahlfreiheit getroffenen Bestimmungen im Wege der Gesetzgebung hinzuwirken; 2. Maßnahmen zu treffen, um die Wählerlisten gegen fabrikartige Auslassungen und mißbräuchliche Eintragungen zu sichern und betrügerische Ausübungen des Wahlrechts unmöglich zu machen.“ — Laut „Germania“ brachte das Zentrum im Reichstage einen Gesetzentwurf ein, wonach die Mitglieder des Hauses, solange dasselbe versammelt sowie acht Tage vor der Eröffnung und nach Schluß des Reichstags freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von 20 Mk. für den Tag erhalten sollen. Der Anwesenheit in Berlin ist gleich zu achten, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend sein. Eventuelle Landtagskandidaten werden davon abgerechnet. Auch sonst hat die Zentrumsfraktion noch ein ganzes Bündel von Anträgen und Resolutionen einzubringen beabsichtigt, und zwar meist sozialpolitischen Inhalts, um wenigstens den Arbeiter- und Handwerker-Wählern des Zentrums den guten Willen zu zeigen.

Aus den Fraktionen des Reichstages. Die Polenfraktion des Reichstages hat sich unter Vorsitz des Grafen Radziwillo konstituirte. Die Aufnahme des gegen den Willen des offiziellen Wahlkomitees der Polen gemächtigten Abg. Korsantj in die Polenfraktion erfolgte ohne jeden Widerspruch. Dagegen wurde der Abg. Kulerski, gleichfalls ein polnischer Radikaler und bisher entschiedener Gegner der Fraktionsleitung, erst nach lebhaften Debatte in die Fraktion aufgenommen. — Die Fraktion der Freikonserverativen hat ihren bisherigen Vorstand (v. Radborff, Graf Armin, v. Liedemann und Gamp) wiedergewählt. Schriftführer ist wie bisher der Abgeordnete Pankl (Ober-Barnim). — Zwischen den drei freisinnigen Fraktionen ist das Kommissionärkartell, wie es bisher bestand, erneuert worden. Die Grundlage für die von den einzelnen Gruppen zu erhebenden Ansprüche auf Vertretung in den Kommissionen bildet die ziffermäßige Berechnung, die das Bureau des Reichstags für solche Zwecke zu liefern pflegt. Für einzelne Kommissionen sind dabei besondere Abmachungen getroffen worden, die geeignet sind, alle Theile zu befriedigen.

Gegen den Reichstagsabg. Seyboth (Fp.) in München, Vertreter des Wipf. eines Schwabens, ist, wie sich das „Bureau Herald“ berichten läßt, eine Untersuchung eingeleitet, in einer Wechsellasche, bei der jedoch niemand geschädigt wurde. Er wurde angeblich jüngst verhaftet, aber schon nach kurzer Zeit wegen Erkrankung aus der Haft wieder entlassen und soll sich jetzt in einer Heilanstalt befinden. — Diese letzte Angabe scheint sich nicht den Thatsachen zu entsprechen. Seyboth, der Großindustrieller und Landwirth ist, hat vielmehr, der „Frel. Bz.“ zufolge, an den beiden Sitzungen des Reichstags theilgenommen. Derselbe werde auch nicht im Reichstag eine Siftierung des gegen ihn eingeleiteten Verfaßens beantragen, weil er überzeugt sei, daß dasselbe alsbald seine volle Unschuld klarstellen muß.

Wahlproteste. Dem Reichstage sind Freitag die Proteste gegen die Wahl des konservativen Abg. Malke-witz in Kolberg Köslin und des Reichsparteilers Schlüter in Jülichau zugegangen. In dem ersten Wahlkreise regte der Agran-Konservative in der Stichwahl nur mit 208 Stimmen Majorität über den freisinnigen Kandidaten Dr. Barth, in Jülichau der Reichsparteiler mit nur 500 Stimmen über den Freisinnigen Prof. Dr. Ditzl. In beiden Wahlkreisen bilden die Grundlagen für die Proteste große Wahlbeeinflussungen und Verfaße gegen die Wahlordnung. Ein weiterer Protest gegen die Wahl des Reichsparteilers Dr. Soeffel in Zabern, der nur mit 350 Stimmen





Die schwere aber glückliche Geburt einer geliebten Tochter zeigen hocherfreut an  
**W. Hintz und Frau,**  
geb. Sagert.

Zum 1. Januar  
**eine Dreizimmerwohn. mit Zubehör**  
Näheres Schönlandstraße 12a.

**Einen Laufburschen**  
angew. der Schulzeit  
Johannisstraße 27, Hinterhaus.

**Eine abgeschl. Wohnung z. 1. April**  
gehucht, im Preise von 180-200 Mk. Off. ant.  
L. K. 12 an d. Exp. d. Bl.

**Mori Nr. 98**  
ist zu sofort die erste Etage zu vermieten.  
Näheres Breitestraße 24, I.

Zum 1. Januar eine Etage zu vermieten.  
**Knak, Weithofstraße 35.**

zu vermieten  
**3 Wohnungen, 1., 2. u. 3. Etage**  
sehr billig  
Geberdesstraße 52.  
Näheres bei Frau, Geberdesstraße 26.

**Ein Aussteh.-Firmenschild**  
70/120 Ctm. und ein eiserner Ofen billig zu verlaufen.  
Fischergrube 34, pt.

**Verlaufen am Freitag Abend ein schwarz-weißer Koffer.** Steuerzeichen: Nr. 1703. Abzugeben  
Greifenstraße 1a, I.

Prima Margarine Pfd. 69, 65, 70 u. 75 Pf.  
Weizenmehl Pfd. 13 Pf.  
bei Abnahme von 10 Pfd. 12 Pf. empfiehlt

**Wilhelm Säfte, Warendorferstr. 25.**

**Große Parthie harte Angeler Landmettwurst**  
pr. Pfd. 78 Pfg.  
bei 5 Pfd. 75 Pfg.  
so lange der Vorrath reicht.

**Kunsthonig**  
jetzt per Pfund 29 Pfg.  
**Otto Burckhardt**  
Beckergrube 24.

Unter Garantie der Haltbarkeit werden neue emailirte Böden unter alte email. Töpfe geist.



**Arbeiter-Kalender 1904**

geb. 60 Pfg., Forts. 10 Pfg.  
Mit dem Kalender ist auch ein  
mit dem Kalender ist auch ein  
Die Reichstagswahl von 1903  
Portrait's und Biographien  
der sozialdemokratischen  
Reichstags-Abgeordneten.  
Nachschlagbuch für  
Gewerkschaften und Partei  
Einzelhefte für  
Fachausgaben  
Verlag:

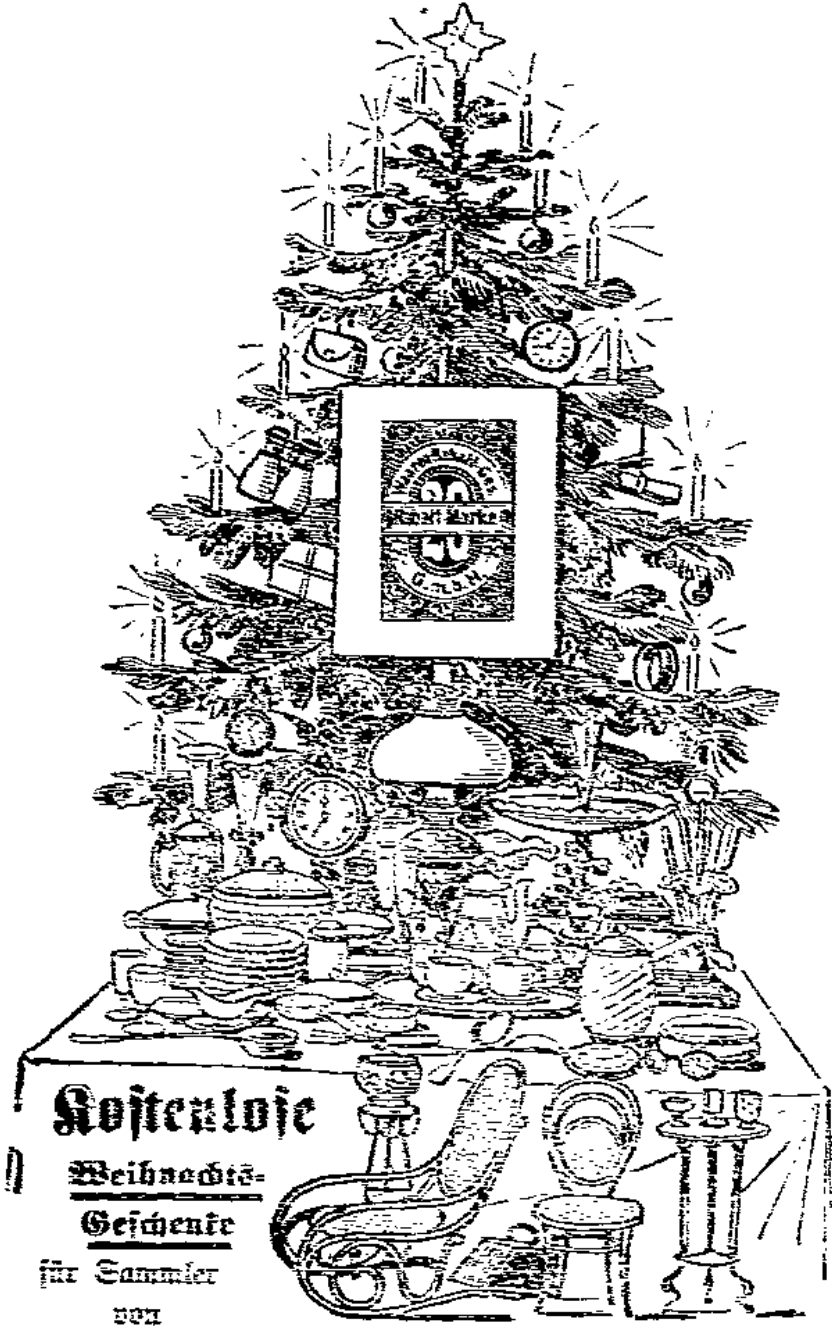
**Unständelhalber findet die**  
**Verammlung des**  
**Lokal-Verbandes der**  
**Hafenarbeiter Lübecks am**  
**nächsten Montag, den 14.,**  
**Nach.**  
**Der Vorstand.**

**Geschäfts-Gröfßnung.**

Einem geehrten Publikum zur gest. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage  
**Attendorferstrasse 23**  
ein Colonial-, Fettwaaren-, Flaschenbier-,  
Brot-, Cigari- und Zigarren-Geschäft

eröffnet habe. Indem ich stets gute und reelle Waare zu solchen Preisen führen werde, bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.  
Hochachtungsvoll

**B. Rosenblum.**



**Kostenlos**

**Weihnachts-**

**Geschenke**

für Sammler

von

**grünen Rabattmarken**

der Waaren-Rabatt-Gesellschaft G. m. b. H.

Lübeck, Schüsselboden 10.

**Einmaliges Inserat.**

**60 0** entgegen den billigsten Schraubstollen-Hufeisen ersparen Pferdebesitzer, die ihre Pferde

mit Eckstahlhufeisen für glatte Bahn aus nebenbezeichneter Fabrik beschlagen lassen. Diese Hufeisen, welche aus bestem Stahl, mit einem messartigen Reif rings um die äußere Kante gefertigt sind und dadurch dem Pferde, wie bei den englischen Hufeisen, einen gleichmäßigen aber sicheren Auftritt bei Schnee und Eisbahnen ermöglicht, können, wenn sie nach 4-5 Wochen stumpf geworden, noch für die Sommerbahn verwendet werden. In diesem Zustande haben sie noch die Dauerhaftigkeit als neue engl. Hufeisen ohne Griff und Stollen. Bei dieser Ausstattung kann man mit Recht diesen Beschlag als den billigsten und praktischsten aller Winter-Hufeisen bezeichnen. Ein Versuch wird diese Angaben vollzäh bestätigen. Preise mit Prospekt bitte zu verlangen. Versand nicht unter 10 Stück.

**Sozialdemokratischer Verein.**

Am Donnerstag den 10., Freitag den 11. und  
Sonnabend den 12. Dezember d. J.  
im grossen Saale des Vereinshauses, Johannisstrasse 50/52:

**Grosse Vorführung**

durch den  
**Chromo-Bioscope**  
in 3 Abtheilungen.  
Lebende Photographien u. Lichtbilder in höchster Vollendung.  
Täglich neues Programm.  
In den Zwischenpausen Streich-Konzert.  
Saalöffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Eintritt 20 Pfg.

Eintrittskarten sind zu haben bei A. Stolte, Vereinshaus; Lübecker Volks-  
bote; Fr. Lecke, Scherstraße 3; C. Wittfoot, Südrstraße 18, Grünewald,  
Böttcherstraße 18, sowie jeden Abend an der Kasse.

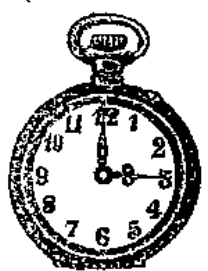
Der Vorstand.

**Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.**

**Sonnabend den 12. Dezember 1902:**

**Fritz Reuter-Abend**

im kleinen Saale des „Vereinshauses“.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 10 Pfg.  
Der Vorstand.



Ahren reinigen . 1,50,  
Federn einsehen . 1,50,  
1 Jahr Garantie.  
Uhrgläser 1. Qual. 0,50.  
**Aug. Büttner,**  
Uhrenmacher,  
Scherstraße 32

Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs-  
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.  
(Jahres-Verband.)

**Ver Sammlung**  
am Dienstag d. 8. Dezbr. 1903  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.  
Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Fragelisten.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

**Achtung!**  
**Hafenarbeiter**  
(zentral).

**Gemeinschaftliche**  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Mittwoch d. 9. Dezbr. 1903  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:

1. Gemeinschaftliche Anträge zum Verbandstag.
  2. Uafere Statistk bögen
  3. Zunere Verbandsangelegenheiten.
- Um rege Btheiligung bitte  
**Der Generalbevollmächtigte.**  
NB. Kontrollarten müssen vorgezeigt werden.

**Berein der**  
**Kleinhandler**  
von Lübeck u. Umgegend.

**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Dienstag d. 8. Dezbr. 1903  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in der Ver-  
sammlung.

**Deutscher**  
**Metallarbeiterverband**  
Verwaltungsstelle Lübeck.

Die erste Gesangs-Übungsstunde der  
Kinder zur Weihnachtsfeier findet Dienstag  
den 8. Dezember, Nachmittags 5 Uhr, im  
Vereinshaus statt. Kinder im Alter von  
9-14 Jahren können daran theilnehmen.  
Das Fest-Comitee.

**Sparklub „Ohne Zweifel“**  
General-Versammlung  
am Mittwoch den 9. Dezember 1903,  
Abends 9 Uhr bei Grünewald.

**„Stadt Schleswig“**  
14 Hundestrasse 14.  
Großes Verschießen von  
fetten Gänsen, Karpfen u. Raubfl.  
am Dienstag den 8. Dezember.  
Anfang Morg. 10 Uhr. Abds. 9 Uhr: Kiefigang.  
Hierzu ladet ergebenst ein  
**J. C. B. Schmehl.**

**Wilhelm-Theater.**  
7 1/2 Uhr Dienstag den 8. Dezbr. 7 1/2 Uhr.  
**Der Strom.**

**„Stadt-Theater“**  
7 1/2 Uhr. Dienstag den 8. Dezbr. 7 1/2 Uhr.  
73. Borst. 11. Festsitz-Abonnem.  
Einmaliges Gastspiel:  
**E. von Wolzogen Bunttes Theater**  
Heberbrettel.  
7 1/2 Uhr. Mittwoch d. 9. Dezbr. 7 1/2 Uhr.  
**Oberon.**



